

## Die Wünsche der Staatsbeamten Oesterreichs.

27. IV. 1917

Gestern vormittag wurde eine Abordnung der gesamten Staatsbeamtenvereine Oesterreichs vom Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinich, dem Finanzminister Dr. von Spitzmüller und dem Minister des Innern Freiherrn v. Handel empfangen. Die Abordnung bestand aus folgenden Herren: für den Verband der akademisch gebildeten Staatsbeamten Universitätsprofessor Dr. Rudolf Wollan, für die Oesterreichische Richtervereinigung Oberlandesgerichtsrat Dr. Franz Josef Schulz und Landesgerichtsrat Dr. Otto Lutz, für den Verband der Vereine deutscher Mittelschullehrer Regierungsrat Franz Josef Rathsam und Schulrat Professor Eduard Scholz, für den Zentralverband der Staatsbeamtenvereine Grundbuchsdirektor Fröhlich und Revisor Schmid, für den Club Český Statnich Udeniku Finanzsekretär Jaro Martan, für den Verband der österreichischen Staatsrechnungsbeamtenvereine Revident August Eder, für den Verein der Staatsbeamten und Staatslehrpersonen des Ruhestandes: für Wien Hofrat Dr. W. J. Mozzisch und Oberfinanzrat Leopold Hipp und für Prag Kassier Ritter v. Sas-Towarnicki und Jan Besel.

Sprecher der Abordnung war Professor Dr. Rudolf Wollan. Er schilderte bei Ueberreichung einer Denkschrift die Lage der Staatsbeamtenschaft, die infolge des Krieges durch Unterernährung und Verschuldung eine verzweifelte genannt werden müsse. Die in den Tagesblättern bekanntgegebene Aktion der Regierung müsse absolut unzulänglich genannt werden, und die gesamte Staatsbeamtenschaft erwarte, daß die in der Denkschrift ausgesprochenen Wünsche: hundertprozentige Steigerung der gesamten Bezüge samt Teuerungszulage, Einbeziehung der Gesamtbezüge in den Ruhegehalt, Doppelzahlung der Kriegsjahre in die Zeitvorrückung und in den Ruhegehalt, volle Berücksichtigung finde.

Der Ministerpräsident und der Finanzminister anerkannten die Notlage der Staatsbeamtenschaft, gedachten in wärmsten Worten der dienstlichen Hingabe der Staatsbeamtenschaft während des Krieges, bedauerten aber gleichzeitig, daß die derzeitige finanzielle Lage des Staates es verbiete, den geäußerten Wünschen über den Rahmen des bereits Veröffentlichten hinaus Rechnung zu tragen. Der von der Regierung beschlossene Zuschuß zur Teuerungszulage komme in den ersten Junitagen zur Gänze zur Auszahlung.

In der darauf folgenden Wechselrede gab der Minister zu verstehen, daß eventuellen Verschlimmerungen in der Lage der Staatsbeamtenschaft, die wohl nicht eintreten dürften, Rechnung

getragen werden würde. Bezüglich der im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten und Staatslehrpersonen sowie der Witwen und Waisen nach solchen soll schon in den nächsten vierzehn Tagen eine ähnliche Regelung erfolgen.

Minister Freiherr v. Handel versprach, besonders für die Zuwendung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln sich zu verwenden. Eine Anregung Professor Wollans, die Regierung möge den neugebildeten ständigen Arbeitsausschuß der Staatsbeamtenschaft als offizielle Vertretung der gesamten Staatsbeamtenschaft anerkennen und in dauernde Beziehung zu ihm treten, wurde von allen drei Ministern entgegenkommend aufgenommen und die ständige Fühlungnahme der Regierung mit der Staatsbeamtenschaft durch diesen Ausschuß zugesichert.